

NACHRICHTEN

**ZB-Strecke in der Nacht gesperrt**

**Stans** – Wegen Bauarbeiten wird die Bahnstrecke zwischen Hergiswil und Stans ab heute bis 12. September jeweils in der Nacht ab 22.45 Uhr gesperrt. Die betroffenen Züge verkehren ab dann nur noch zwischen Luzern und Hergiswil. Reisende von Luzern nach Stans und weiter Richtung Engelberg müssen bereits in **Horw** auf die Bahnersatzbusse umsteigen. Diese Busse fahren direkt nach Stans. Reisende von und nach Stans mit dem Shuttlebus zu fahren. (red)

**Obwalden**

**SP fasst Parolen einstimmig**

red. Die SP Obwalden hat für die Abstimmungen am 26. September ihre Parolen gefasst. Es kam zu keinen Überraschungen. Die Initiative der IG Hochwasserschutz Sarnen wurde einstimmig abgelehnt, der Gegenvorschlag des Kantonsrates angenommen.

Auch bei den nationalen Themen zeigte sich die SP einig. Die Revision der Arbeitslosenversicherung, die durch Kantonsrat Peter Spichtig vorgestellt wurde, wird einstimmig zur Ablehnung empfohlen. Man wehre sich gegen den Leistungsabbau einer bewährten Versicherung und wolle die Leistungen für die Schwächsten der Gesellschaft nicht kürzen.

Keine Diskussion gab es auch bei der durch Guido Cotter vorgestellten Justizreform. Die SP empfiehlt einstimmig, ein Ja in die Urne zu werfen.

**UNSERE REDAKTION**

**Wir haben neue Telefonnummern**

Haben Sie unsere neuen Telefonnummern für die Redaktionen in Stans und Sarnen bereits gespeichert? Das sind sie:

● **Redaktion Stans:**  
041 618 62 70. Die Fax-Nummer bleibt 041 610 65 10.

● **Redaktion Sarnen:** (inklusive Obwaldner Wochenblatt):  
041 662 90 70. Für Fax gilt neu die Nummer 041 610 65 10.

IHRE REDAKTION

**Beckenried**

**Naturpark sorgt für Zündstoff**

**Der Beckenrieder Gemeinderat will die weiteren Bemühungen für den Naturpark nicht unterstützen. Eine Volksabstimmung ist trotzdem wahrscheinlich.**

VON OLIVER MATTMANN  
oliver.mattmann@neue-nz.ch

«Unser Dorf wird regiert von kritisch-negativ eingestellten Verwaltungspolitikern», schießt Charly Käslin in einem Inserat gegen den Beckenrieder Gemeinderat. Was hat den Betriebsleiter der Luftseilbahn Dallenwil-Niederrickenbach und Bürger von Beckenried dazu bewegt, den Gemeinderat im aktuellen «Nidwaldner Blitz» derart zu kritisieren? Es geht um den Naturpark Urschweiz, dessen Gesuch vor wenigen Tagen vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) bewilligt worden ist (Ausgabe vom Dienstag). Beckenried ist eine von vier mitmachenden Gemeinden in Nidwalden. Oder muss gesagt werden: war? Denn laut Inserat hat der Gemeinderat beschlossen, aus dem Projekt auszu-

steigen – und dies noch kurz vor dem positiven Bafu-Entscheid.

**Bürger reichen Antrag ein**  
Für Charly Käslin unverständlich, nachdem jahrelange Vorarbeit geleistet worden ist. «Es ist ein schlechter Entscheid zum falschen Zeitpunkt», so Käslin.



**«Es ist ein schlechter Entscheid zum falschen Zeitpunkt.»**

CHARLY KÄSLIN, INSERENT

lin, der in den Naturpark-Kommissionen der Gemeinden Beckenried und Oberdorf mitwirkt. «Ich habe das Gefühl, es war ein Schnellschuss, ohne dass sich das Gemeinderatsgremium näher mit dem Projekt auseinandergesetzt hat.» Warum nicht das Stimmvolk über

einen Beitritt zum Naturpark entscheiden soll, so wie es im Herbst auch in den restlichen beteiligten Gemeinden in Nidwalden und Uri vorgesehen ist, kann Käslin nicht nachvollziehen.

**Sonst nur positive Feedbacks**  
Schützenhilfe erhält er von Rolf Stucki, Co-Präsident des Tourismusvereins. «Es ist über unsere Köpfe hinweg beschlossen worden. Doch bei einem Entscheid dieser Tragweite soll der Stimmbürger das Recht haben, darüber zu befinden», sagt Stucki. Auch Paul Achermann, Präsident des Trägervereins Naturpark Urschweiz, fühlt sich übergangen. Er sei masslos enttäuscht, sagte er auf Anfrage. «Die Gemeinden sind für das Naturpark-Projekt mehrere Vereinbarungen eingegangen. Diese gelten beim Beckenrieder Gemeinderat offenbar nicht mehr.» Umso mehr dürfte ihn freuen, dass Rolf Stucki namens des Tourismusvereins zusammen mit den Genossen und der Bergbahnen Beckenried-Emmetten AG einen Antrag eingereicht hat, dass die Bürger doch noch darüber abstimmen können. Achermann: «Das zeigt mir, dass es auch im Volk Gruppierungen gibt, die den Sinn und Zweck eines Naturparks sehen.»

**EXPRESS**

- ▶ Der Naturpark-Entscheid des Gemeinderats hat giftige Reaktionen ausgelöst.
- ▶ Enttäuscht über dieses Vorgehen ist auch der Trägerverein des Naturparks.

Der Beckenrieder Gemeindepräsident Bruno Käslin war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Gemeindeglied Daniel Amstad bestätigte aber den Entscheid des Rats und den Eingang des Antrags. Man werde diesen am Montag prüfen. Der Gemeinderat habe in seiner Antwort auf einen Fragebogen des Trägervereins diesem mitgeteilt, den Naturpark nicht weiter zu verfolgen. Ausschlaggebend seien Bedenken bezüglich Auflagen, Einschränkungen und Labelkontrolle gewesen, so Amstad. Für Paul Achermann, dem dieser Beschluss schriftlich vorliegt, sind die Gründe «an den Haaren herbeigezogen». Gut für ihn: Aus den übrigen Gemeinden sind mit dem Fragebogen positive Feedbacks zurückgekommen.



Blick aus dem Wymann-Haus in Beckenried über den See.

BILD MATTHIAS PIAZZA

**Stans**

**Jetzt ist die «Schulgemeinde»-Debatte lanciert**

**Sollen Schulgemeinde und politische Gemeinde fusionieren? Befürworter und Gegner diskutierten darüber angeregt an einer Podiumsveranstaltung.**

Die Abstimmung über die neue Stanser Gemeindeordnung hats in sich. Stimmen ihr die Stanser am 26. September zu, läuten sie damit das Ende der Schulgemeinde ein. Diese Körperschaft würde dann per 1. August 2012 in die politische Gemeinde integriert werden. Bekannterweise spricht sich der politische Gemeinderat für die Zusammenlegung aus, während der Schulrat dagegen ist.

Zusammen mit dem Lehrerinnen- und Lehrerverband Nidwalden (LVN), dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter von Nidwalden und dem Schulrat Beckenried hat sich der Schulrat Stans zu einem Komitee gegen die Einheitsgemeinde formiert. Diese lud am Mittwochabend im Stanser Pestalozzisaal zu einer gut besuchten öffentlichen Podiumsveranstaltung.

Im Inputreferat erörterte Johann-Christoph Rudin in einer Art Auslegung die Chancen und Risiken einer allfälligen Zusammenlegung der beiden Körperschaften. Als Leiter der Schul-

support.ch berät er unter anderem Schulbehörden und Schulleitungen. 1997 bis 2002 war er Mitglied einer Gemeindegliederschulplege. Chancen einer Zusammenlegung sind seiner Meinung nach die einheitliche politische Willensbildung, eine einheitliche Finanz- und Steuerpolitik, oder etwa eine einheitliche Liegenschafts- und Infrastrukturbewirtschaftung. Als Risiken sieht Rudin zum Beispiel die Kulturunterschiede der

beiden Körperschaften oder die Doppelbelastung eines Schulkommissionsmitgliedes, das dann gleichzeitig im Gemeinderat Einsitz hätte.

**Res Schmid's Geheimnis**  
Moderator Erich Aschwanden eröffnet die anschließende Podiumsdiskussion mit der Frage an Bildungsdirektor Res Schmid (SVP), ob er für oder gegen die Einheitsgemeinde sei. «Darauf gebe

ich Ihnen keine Antwort. Das überlasse ich den Stimmbürgern. Für mich steht einzig und allein mein Auftrag als Bildungsdirektor im Zentrum, egal ob mit oder ohne Schulgemeinde. Ich bin aber überzeugt, dass in Nidwalden beide Modelle funktionieren», gab der Emmetter Regierungsrat zur Antwort.

**Vereinfachte Prozesse**  
Der Hergiswiler Gemeindepräsident Remo Zberg (ehemaliger Schulrat) äusserte sich dafür umso pointierter. «Mit einer Einheitsgemeinde vereinfachen sich die Prozesse, der gegenseitige Koordinationsaufwand entfällt. Ob man das Dach eines Schulhauses oder eines Werkhofs flickt, ist doch dasselbe. Früher gab es auch Armengemeinden. Kümmert sich die Gemeinde heute weniger um die sozial Benachteiligten, nur weil es dafür keine eigene Körperschaft mehr gibt?» Auch Hergiswil sei auf dem Weg zur Einheitsgemeinde.  
Max Ziegler, Präsident der FDP Buochs, schloss sich dem an, schränkte aber ein, dass man das Ganze nicht nur unter dem Aspekt der Bürger, sondern vor allem der Bildung betrachten müsse. Wichtig sei zudem eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

**Bewährtes System**  
CVP-Landrat Viktor Baumgartner (Beckenried) ist vom jetzigen System überzeugt. «Für mich zählt die gute Zusam-

menarbeit zwischen der Schulgemeinde und der politischen Gemeinde. Das bisherige System funktioniert gut. Das weiss ich aus meiner eigenen Erfahrung als Schulpräsident. Zur Wahl als Schulkommissionspräsident in einer Einheitsgemeinde würde ich mich aber nicht mehr stellen, dies wegen der Doppelbelastung Schulkommissionspräsident/Gemeinderat. Einer Einheitsgemeinde würde ich darum nicht zustimmen.»

Fusionskritische Stimmen gab es auch aus dem Publikum. «Muss man gleich fusionieren, wenn man zusammenarbeiten will? Bisher funktionierte es ja gut», lautete etwa ein Votum.

**Schulleiter darf sich äussern**  
FDP-Landrat Paul Leuthold (am Mittwoch in der Rolle des Zuhörers) stellte die Frage, wie stark ein Schulleiter politische Themen ansprechen dürfe, wie das der Stanser Schulleiter an Schulinformationsabenden und in Elternbriefen gemacht habe. Regierungsrat Res Schmid vertrat die Ansicht, dass ein Schulleiter als Funktionsträger auf der operativen Ebene mit politischen Fragen zurückhaltend sein müsse.

Allerdings habe das Bundesgericht in einem anderen Fall einem Schulleiter dies ausdrücklich erlaubt, informierte Johann-Christoph Rudin. Darum müsse man dies auch in Nidwalden akzeptieren.

MATTHIAS PIAZZA  
matthias.piazza@neue-nz.ch

**Ein Erbe Napoleons**



Der Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle Schweizerischer LehrerInnenverein (LCH) Biel, Anton Strittmatter, der als Berater für Gemeinden arbeitet, bediente sich für seine Argumentation für den Erhalt von Schulgemeinden einer historischen Erkenntnis. Die Schulgemeinden seien ein Erbe aus Napoleons Zeiten.

Damit die Verwaltung nicht mehr in den Händen der Oligarchie lag, wurden etwa Polizei-, Sanitäts-, Zoll-, Steuer- und eben auch Schulräte geschaf-

fen. «Die meisten dieser Körperschaften waren nach wenigen Jahren verschwunden – bis auf die Schulräte.»

Der Bildung sollte eine eigenständige Bedeutung zukommen. Dies entsprach einer damaligen Idee, neben Exekutive, Legislative und Judikative auch noch eine «Edukative» als vierte Gewalt einzurichten.

«Wenn Ihnen noch etwas am edukativen Geist liegt, dürfen Sie nicht fusionieren», legte Anton Strittmatter seine Haltung dar.

Bei einer allfälligen Fusion rät er von der Bildung einer Schulkommission ab. Vielmehr solle man dann eine vom Volk gewählte Parallelbehörde schaffen. map